

Ausgabe
Februar
2009

DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

2009 – Für eine andere Politik



Über das Jahr 2009 wird viel als Superwahljahr oder neuerdings Obamajahr geschrieben und gesprochen. Dem Obamafieber kann ich mich nicht anschließen, lasse aber gern die Temperatur langsam steigen. Krisenzeiten erleichtern dem Wähler die Entscheidungen nicht. Wir sollten es zum Jahr der Entscheidung für eine andere Politik nutzen, für eine soziale Ausrichtung der Politik von der Kommune bis zum europäischen Parlament.

Das System ändern wir damit nicht, aber die Ausnutzung der Spielräume für den Menschen kann sich verbessern.

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten. Für die vor uns stehenden Wahlen haben wir uns mit dem Leitantrag des Landesparteitages vom Dezember 2008 inhaltlich gut aufgestellt. Es gilt, diese Inhalte über Personen an die Wählerinnen und Wähler zu bringen. Mit den Direktkandidaten im Wahlkreis 31 Renate Adolph, WK 32 Kerstin Kaiser, WK 33 (zum Redaktionsschluss noch nicht gewählt Büchel/Glaeser) und WK 34 Bettina Fortunato haben wir im Kreis eine starke Mannschaft für die Landtagswahlen beieinander.

Gleichzeitig wollen wir das Direktmandat im Bundestagswahlkreis 60 erreichen. Dies würde unserer Partei erstmals außerhalb Berlins gelingen und dafür wird sich Dagmar Enkelmann bewerben.

Als Kreisverband sind wir uns auch der besonderen Aufgabe bewusst Kandidatinnen zu haben, die über ihren Wahlkreis Aufgaben zu erfüllen haben. Kerstin Kaiser als Spitzenkandidatin des Landesverbandes für die Landtagswahlen, und davon gehe ich aus, sowie Dagmar Enkelmann an der Spitze der Landesliste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl werden auch ab und an besondere Unterstützung benötigen. Wir sind stark genug, die Aufgaben zu bewältigen.

Welche Themen werden das Jahr beherrschen? Mindestlohn, Rentenkampagne, Gesundheit und Bildung werden innenpolitische Themen sein und die Diskussion beherrschen. In der Außenpolitik wird das Thema Frieden dominieren. Diese Themen in den Vordergrund zu bringen und die Richtung der Diskussion zu beeinflussen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Regierungsbeteiligung ja oder nein. Wenn im Land eine Neuausrichtung der Politik möglich ist, dann ein klares Ja. Im Bund sehe ich in der SPD keinen Partner. Die SPD ist nicht in der Lage eine sozialere Politik voranzubringen, sie ist nicht in der Lage die AGENDA 2010 aufzulösen und HARTZ IV abzuschaffen, sie ist nicht in der Lage die Solidargemeinschaft in den sozialen Versorgungssystemen wieder herzustellen oder zu erhalten, sie ist zu einer friedlichen und transparenten Außenpolitik nicht in der Lage, die SPD ist auf der Bundesebene für uns nicht regierungsfähig!

Das Jahr ist angerissen, ich habe Themen und Probleme angerissen! Das Jahr wird neue Themen schaffen.

Nur wir gemeinsam werden die vor uns stehenden Aufgaben bewältigen!

Bernd Sachse
Kreisvorsitzender

Gelungener Jahresauftakt

Am 06. Januar hatte DIE LINKE. Märkisch Oderland zum alternativen Neujahrsempfang geladen. Alternativ deshalb, weil Menschen eingeladen waren, die sonst niemand zum Neujahrsempfang bittet.

Und so war der Ort mit Bedacht gewählt, das Gelände der Arbeitslosenserviceeinrichtung in der Klosterdorfer Chaussee in Strausberg, auch bekannt als Strausberger Tafel.

Spendenfinanziert wurden den Mitarbeitern der Strausberger Tafel Bratwurst, Schmalzstullen, Glühwein und Tee zur Verfügung gestellt und von den Mitarbeitern der Serviceeinrichtung in fleißiger Arbeit für Bedürftige angeboten. Die Mitglieder des Strausberger Stadtverbandes stellten auf zwei großen Tischen weitere Zutaten zur Verfügung, vor allem Obst, Schokolade, Kaffee, Nüsse und Gebäck. Lebensmittel von Bürgern unserer Stadt, die mehr haben, als sie verbrauchen können und davon anderen, die wenig oder nichts haben, gern abgeben.

Mit den Besuchern der Strausberger Tafel hat dieser Neujahrsempfang genau die richtige Gruppe Menschen erreicht.

Weit mehr Menschen als im Vorjahr nutzten die Gelegenheit bei herrlichem Winterwetter zu Gesprächen am Lagerfeuer mit Dagmar Enkelmann, Kerstin Kaiser, Bernd Sachse, Dieter Schäfer und weiteren Abgeordneten der LIN-

Fortsetzung Seite 2

In dieser Ausgabe:

- Den Wahlkreis 31 für DIE LINKE. gewinnen ..... Seite 2
- Landesplan passiert doch den Ausschuss ..... Seite 3
- Tolerantes Brandenburg nicht in Frage stellen ..... Seite 3
- Senioren fahren billiger ..... Seite 3
- Steuerzahler durch Mindestlohn entlasten ..... Seite 3
- DIE LINKE. gestärkt im Kreistag . Seite 4
- Informationen ..... Seite 4

Kooperationsvereinbarung unterzeichnet

Am 23.01.2009 wurde die Fortführung der erfolgreichen Kooperation der Kreistagsfraktionen der Partei DIE LINKE., der SPD und des Bauernverbandes mit der Unterschrift der Verantwortlichen besiegelt.

Die Zusammenarbeit auf klar fixierten Politikfeldern ist ein hohes Maß an Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Märkisch-Oderland.



Unterschreiben gehen !!!

Und nimm gleich deinen Nachbarn mit !

www.keine-neuen-tagebaue.de

KEN im Kreistag und in der Stadt Strausberg. Zusammen mit Gästen aus Altlandsberg und Neuenhagen verging die Zeit im Gespräch recht schnell und nur, wer sich rechtzeitig bediente, konnte für sich und seine Familie verspätete Weihnachtsgeschenke mit nach Hause nehmen. Zu essen und zu trinken gab es hingegen reichlich für jeden Besucher. Am Ende waren alle zufrieden. Dem Kreisverband war es gelungen, mit den Menschen in Kontakt zu kommen, die in unserem Streben nach sozialer Gerechtigkeit im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen, die Arbeitslosenserviceeinrichtung hatte eine attraktive Veranstaltung mit ihren freiwilligen Helfern perfekt ausgerichtet, und die Gäste der Strausberger Tafel und andere Bedürftige gingen gesättigt, möglicherweise auch gut gelaunt, ausgestattet mit kleinen Geschenken in der Gewissheit nach Hause, dass es noch Menschen gibt, denen ihr Schicksal nicht einerlei ist und die etwas dafür tun, dieses Land sozialer zu machen.





Wolfram Wetzig
Kreisgeschäftsführer

Den Wahlkreis 31 für DIE LINKE. gewinnen



Es ist eine große Herausforderung für mich, wie bereits 2004 auch am 27. September 2009 das Direktmandat für unsere Partei im Wahlkreis 31 (Hoppegarten, Neuenhagen, Schöneiche, Woltersdorf, Erkner) wieder zu gewinnen.
Die Wählerinnen und Wähler entschieden sich vor mehr als vier Jahren mehrheitlich für eine linke Abgeordnete, die sich konsequent für ihre Interessen, für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Sie entschieden sich für Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und örtliche Verankerung. Denn Abgeordnete sind Vertrauenspersonen, an die sich die Menschen mit ihren Problemen, Ansichten und Hinweisen wenden.
Viele Genossinnen und Genossen haben in den zurückliegenden Jahren mit dazu beigetragen, dass ich zu vielen Menschen im Wahlkreis Vertrauen aufbauen konnte. Dafür allen herzlichen Dank!
Nachdem sich die SPD immer mehr von ihren Wurzeln entfernt, zum Beispiel mit den Hartz-Gesetzen und mit der reinen Proklamation für einen Mindestlohn, trauen die Menschen der LINKEN hier am ehesten zu, dass sie sich wirklich für die Bürgerinnen und Bürger engagiert. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das Finanz- und Wirtschaftskrise mildern soll, verdeutlicht erneut, wie wichtig Druck von links ist, denn die unteren Einkommen werden wieder einmal viel zu wenig berücksichtigt.
Aber, Vertrauen muss auch immer wieder erkämpft werden.
Wahlen sind auch Personenwahlen. Wer war und ist für mich da?
Wer nutzt die zur Verfügung stehenden parlamentarischen Möglichkeiten wie Anfragen und Gespräche in Ämtern und Ministerien?
Zu wirken als Linke war und ist mir zutiefst Verpflichtung und Ausgangspunkt meiner Tätigkeit. Ob es um das Fortbestehen der Galopprennbahn Hoppegarten oder der Straßenbahn zwischen Schöneiche und Rüdersdorf ging - bewährt hat sich, gleichzeitig im Kreis- und Landtag tätig zu sein und die Aktivitäten der anderen parlamentarischen Ebene zu kennen. So lässt sich unmittelbarer festmachen, welche Auswirkungen Landesgesetze auf die Kommunen haben und umgekehrt, mit welchen Fragen sich Kommunen bei immer schmaleren Haushaltskassen herumschlagen müssen. Kommunen drängen Anforderungen wie
- ein notwendiger Sozialarbeiter an jeder Schule
- kostenloses Mittagessen für Schüler
- mehr Erzieherinnen in den Kitas
- mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen, geringere Klassenstärken
- Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die der Kommunalkombi für Beschäftigung bietet
- bessere Finanzausstattung der Kommunen auch für die, die nicht Mittelzentren sind oder zu Wachstumskernen gehören.

Ich bin gespannt, wie der Kandidat der SPD im Wahlkreis, Herr Gunter Fritsch, auf diesbezügliche Fragen, die SPD und CDU im Land verantworten, im Wahlkampf reagieren wird.
Im Zusammenhang mit den zu erwartenden Mitteln aus dem Konjunkturprogramm der Bundes- bzw. Landesregierung werde ich mich auf Landes- und Kreisebene dafür einsetzen, dass die Gelder schnell und unbürokratisch vor allem in Schulsanierung und Energieeffizienz von öffentlichen Einrichtungen gesteckt werden und die Aufträge Firmen aus der Region erhalten.
Im Landkreis MOL engagiere ich mich besonders für die Bildung einer Energieagentur, um Kommunalvertreter und Unternehmen dabei zu unterstützen, Potentiale für Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu erschließen.
Das hilft dem Klimaschutz, schafft Arbeit vor Ort und macht von großen Energiekonzernen und deren Preisen unabhängig. Mit diesen Themen beschäftige ich mich auch als verbraucherpolitische Sprecherin unserer Landtagsfraktion.
Gemeinsam mit dem Vorsitzenden unseres Kreisverbandes, Bernd Sachse, und dem Bürgermeister von Fredersdorf-Vogelsdorf, Uwe Klett, habe ich zu zwei Runden Tischen zum Thema erneuerbare Energien Kommunalvertreter eingeladen. Jetzt gilt es, zusammen mit der Kreisverwaltung ein energetisches Netzwerk zu bilden.
Als engagierte Linke versichere ich, weiterhin all meine Erfahrungen und Kontakte für die vor allem sozialen Interessen der Menschen in der Region aktiv einzusetzen.

Renate Adolph
Landtagsabgeordnete
mehr unter **www.renate-adolph.info**



Aus dem Landtag

Landesplan passiert doch den Ausschuss

Der neue Landesentwicklungsplan (LEP) für Berlin und Brandenburg hat überraschend doch den zuständigen Land-tagsausschuss in Potsdam passiert. Das bestätigte die SPD-Abgeordnete Martina Gregor-Ness. Bis zuletzt hatte sich im Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung trotz der Koalitionsmehrheit von SPD und CDU keine Zustimmung zum LEP abgezeichnet, so dass das Thema im Februar noch einmal auf die Tagesordnung kommen sollte. Offensichtlich gaben die SPD-Abgeordneten in der Sitzung den Ausschlag. Dies sei entgegen der Absprache, kritisierte der CDU-Politiker Ingo Senftleben. Nach dem Willen der Regierungen in Berlin und Potsdam sollen künftig alle Grund- und Nahbereichszentren zugunsten von Mittel- und Oberzentren wegfallen. Von dieser Einteilung hängt unter anderem ab, wie viel Geld die Kommunen vom Land erhalten und welche Angebote sie ihren Bürgern machen können. Infrastrukturminister Reinhold Dellmann (SPD) habe den Ausschussmitgliedern den LEP am Donnerstag erläutert und werde dies auch noch am kommenden Dienstag in den Fraktionen von SPD und CDU tun, berichtete Gregor-Ness. Danach sei es nicht notwendig, dass sich der Ausschuss noch einmal damit befasst – zumal dieser ohnehin an dem Entwurf nichts ändern könnte. Für den im Oktober von den Regierungen in Potsdam und Berlin beschlossenen LEP ist kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren notwendig, er wird auf dem Verordnungsweg in Kraft gesetzt.

Rede von Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende, auf der 79. Sitzung des Landtags Brandenburg, 21.01.2009, Aktuelle Stunde

Tolerantes Brandenburg nicht in Frage stellen!



Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!
Am 27. Januar 1945, vor 64 Jahren, wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von Soldaten der Roten Armee befreit. Auschwitz und Birkenau stehen als Symbole für den millionenfach begangenen Mord durch das faschistische NS-Regime.
Der Gedenktag 27. Januar erinnert jedes Jahr an die Auslöschung von Millionen Menschen: Juden, Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch Andersdenkende sowie Frauen und Männer des Widerstandes, Wissenschaftler, Künstler, Journalisten, Kriegsgefangene und Deserteure, Greise und Kinder, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – Menschen, entrechtet , verfolgt, gequält und ermordet unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.
Wir begehen auch in diesem Jahr diesen Tag wieder gemeinsam in der Gedenkstätte Sachsenhausen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen. Dennoch: Im Gedenken an diese Menschen, im Nachdenken über diesen weltweit einmaligen Vorgang ihrer systematischen, massenhaften, fabrikmäßig organisierten Vernichtung will und darf sich keine Routine einstellen.
Dieser Gedenktag bildet für meine Fraktion DIE LINKE. den Hintergrund für den Vorschlag, uns im Rahmen dieser Aktuellen Stunde mit Fragen und Problemen der Umsetzung des Handlungskonzeptes der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ für eine starke und lebendige Demokratie zu befassen. Dies alljährlich mindestens einmal zu tun, ist wichtige Tradition und Selbstverpflichtung der demokratischen Fraktionen seit April 2005.
Es geht uns dabei um nicht weniger als um die Festigung und Weiterentwicklung der Demokratie.
Einer, der Auschwitz ertragen musste, war der Wissenschaftler Primo Levi. Der Chemiker und italienische Widerstandskämpfer jüdischer Herkunft überließ uns seinen Bericht über das in Auschwitz überlebte Jahr mit der darüber gestellten Frage: „Ist das ein Mensch?“ Seine Warnung an uns, diese Sache stets aufs Neue so ernst zu nehmen, lautet: „Es ist weder leicht noch angenehm, diesen Abgrund von Niedertracht auszuloten, aber dennoch bin ich der Meinung, dass man es tun muss; denn was gestern verübt werden konnte, könnte morgen noch einmal versucht werden und uns selber oder unsere Kinder betreffen.“ (Primo Levi)...

mehr unter **www.kerstin-kaiser.eu**

www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

Senioren fahren billiger

Senioren können jetzt doch viel billiger als bisher mit Bahnen und Bussen durch ganz Berlin und das gesamte Land Brandenburg fahren. Das Ticket, das zum 1. April eingeführt wird, kostet monatlich 45 Euro – wie es der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) ursprünglich beschlossen hatte. Im Januar 2010 soll der Preis dann auf 47 Euro erhöht werden – wie es die BVG verlangt hatte. Die normale Monatskarte allein für das Berliner Stadtgebiet (Tarif AB) kostet derzeit 72 Euro, für die Stadt und das nähere Umland (Berliner Tarifbereich ABC) sind bislang auch für Senioren 88,50 Euro fällig. Die Seniorenkarte, VBB-Abo 65plus genannt, gibt es nur im Abonnement für ein Jahr. Das Seniorenticket wird nicht subventioniert. Den Preisnachlass für die vorhandenen Kunden müssen die Unternehmen durch neue Kunden ausgleichen. In Berlin kaufen bisher monatlich rund 120 000 Menschen, die 65 Jahre oder älter sind, eine Zeitkarte; 45 000 davon haben eine Jahreskarte. Wirtschaftlich wäre das Seniorenticket nach Angaben von BVG-Vorstand Henrik Falk bei etwa 150.000 Kunden. Derzeit leben über 1,1 Millionen Seniorenkarten-Berechtigte in Berlin und Brandenburg.

Steuerzahler durch Mindestlohn entlasten

Es ist skandalös, dass in der Region Berlin-Brandenburg immer mehr Beschäftigte von ihrem Lohn nicht mehr leben können. Mittlerweile trifft dies für rund 112 000 Berliner und 73 000 Brandenburger zu. Besonders erschreckend ist, dass sich darunter auch 55 232 Vollzeitbeschäftigte befinden (davon 24 288 in Brandenburg).
Um diese unhaltbare Situation zu ändern, fordere ich Brandenburgs Arbeitsministerin Dagmar Ziegler auf, dem Reden über Mindestlohn endlich Taten folgen zu lassen.
Ein erster wirksamer Schritt wäre, die Festsetzung eines Mindestlohns in der Zeitarbeitsbranche in Höhe von 8,44 Euro als Lohnuntergrenze in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz einzuziehen. Der von der Großen Koalition auf Bundesebene unterbreitete Vorschlag ist nicht ausreichend.
Der zwischen dem Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP) und der Tarifgemeinschaft Christliche Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA (CGZP) abgeschlossene Tarifvertrag sieht für die unterste Entgeltgruppe einen Tariflohn von 7,21 Euro vor, der in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung allerdings auf 6,53 Euro abgesenkt werden kann. Die Festschreibung eines solchen Armutslohns von der Bundesregierung ist nicht akzeptabel.

Christian Görke
Arbeitsmarktpolitischer Sprecher

Bürgerbüros

Dagmar Enkelmann - MdB

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo. - Do. 9 - 16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser - MdL

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo. - Do. 8 - 16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Wolfgang Heinze - MdL

15306 Seelow, Fichtenweg 4
Telefon: (0 33 46) 88 41 21
Telefax: (0 33 46) 88 41 59
Mo. 8 - 10 Uhr
und nach Vereinbarung
info@wolfgang-heinze.eu

Gerlinde Stobrawa- MdL

16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8
Telefon: (0 33 44) 30 13 55
nach telefonischer Anmeldung

Renate Adolph - MdL

15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61/HEP
Telefon: (0 30) 99 27 47 49
Telefax: (0 30) 99 27 47 43
Mo.,Mi., Do. 14 - 18 Uhr
www.renate-adolph.info
renate@adolph.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8,
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 - 12 Uhr

Seelow

Breite Straße 9,
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 4 17
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9 - 12 Uhr
Di. 9 - 12 Uhr
15 - 17 Uhr

Strausberg

Große Straße 76,
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. bis Do. 8 - 12 Uhr

DIE LINKE. gestärkt im Kreistag

DIE LINKE. ist mit 17 Abgeordneten in den neuen Kreistag eingezogen; die bisher größte Fraktion der Linken seit Bestehen des Landkreises Märkisch-Oderland. Das ist ein Ergebnis solider Tätigkeit unserer bisherigen Kreistagsabgeordneten (alle ehemaligen Mitglieder, die sich zur Wahl stellten, erhielten das Vertrauen) und sachkundigen Einwohner und das Ergebnis eines soliden Kommunalwahlkampfes.
Wir haben zusammen mit den 6 Neuzugängen eine starke kommunale Kraft, mit tollen Persönlichkeiten und Experten.
Das Ergebnis lässt uns nicht abheben, sondern fordert von uns eine bescheidene, glaubhafte und realistische linke Politik im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis.
Die vernünftige kompromissfähige Politik in der Kooperation mit den Fraktionen der SPD und der Wählergruppe Bauernverband, die seit 2005 auf der Grundlage einer Vereinbarung durchgeführt wurde, hat viele Früchte getragen und wird auch in den nächsten 6 Jahren fortgeführt.
Die Fraktion hat sich konstituiert – neben dem Vorsitzenden Dieter Schäfer gehören zum Fraktionsvorstand Bettina Fortunato, Dr. Hagen Kattner und Wolfgang Heinze. Wolfgang Heinze wurde übrigens mit übergroßer Mehrheit wiederum zum Vorsitzenden des Kreistages gewählt.
Die Fraktion stellt 4 Abgeordnete im Kreisausschuss (Stellv. Vorsitzender Dieter Schäfer) und Vorsitzende von Ausschüssen: Bauausschuss Joachim Fiedler, Wirtschaftsausschuss Bettina Fortunato, Rechnungsprüfungsausschuss Karin Klinger. Uwe Salzwedel kandidiert außerdem für den Vorsitz des Jugendhilfeausschusses.
Die Übernahme von Verantwortung in der Kommunalpolitik hat enorm zugenommen. Das erfordert von allen Mitgliedern der Fraktion und den sachkundigen Einwohnern ein hohes Maß an Wissen auf politischem Gebiet und in der konkreten Sacharbeit. Wir brauchen zur Lösung der Aufgaben die Hilfe unserer Landtagsabgeordneten im Kreistag Renate Adolph, Kerstin Kaiser und Wolfgang Heinze, wir brauchen die Mitarbeit vieler unserer Genossinnen und Genossen auf den verschiedensten Gebieten der Sacharbeit.
Wir müssen bei der Umsetzung unserer Ziele, gemeinsame Positionen finden und umsetzen. Das wird im Wirrwarr der politischen Auseinandersetzung nicht immer einfach sein, aber machbar. Wir werden uns als Fraktion der Linken im Kreistag MOL noch stärker in die Gesellschaft einbringen und sie dadurch verändern. Es gibt noch viele Arbeitsfelder, die in Angriff zu nehmen sind. Wir müssen noch stärker in die Betriebe und Einrichtungen gehen, Probleme vor Ort aufnehmen, die Scheu der Unternehmen gegenüber den Linken ist vorbei.
Auch die vielen Organisationen, Vereine und Verbände wollen nicht allein gelassen werden, sie erwarten unsere Hilfe, zumal ein Generationswechsel ansteht. Noch stärker muss der Bürgerkontakt gesucht werden, er bindet die Menschen dauerhaft an unsere Friedens- und Sozialpolitik, weil wir neben ihnen stehen und nicht über ihnen.

Wir werden unseren Anteil für eine bürgernahe Politik leisten.

Dieter Schäfer
Fraktionsvorsitzender

Was? Wann ? Wo ?

- **„17. Juni 1953 in Strausberg“**
  17.02., 18.00 Uhr
  mit Prof. Dr. Prokop, Dr. Barthel, Dieter Schäfer u.a.
  Strausberg, Linkstreff, Wallstraße 8, eine Veranstaltung der rl-Stiftung u. des Vereins für alternatives Denken
- **Im Gespräch**
  mit Doris Steinkraus, Redakteurin der Märkischen Oderzeitung
  19.02., 15.00 Uhr
  Seelow, Geschäftsstelle, Breite Str.
- **Politischer Aschermittwoch**
  25.02., 20.00 Uhr
  in Bad Freienwalde u. Petershagen/ Eggersdorf

Vorschau für März

- **Bisky in Bad Freienwalde**, 25.03.
- **„Offene Worte“**
  mit Dr. Dagmar Enkelmann und Peter Sodann,
  29.03.,10.00 Uhr
  Klub am See, Strausberg

Wichtige Termine

- **Redaktionssitzung „Impulse“**
  11.02., 18.00 Uhr, *Linkstreff*
  (Redaktionsschluss 23.02.)
- **Kreistagssitzung**
  11.02., 16.00 Uhr, *Seelow, Kreiskulturhaus*
- **Bundesparteitag**
  28.02./01.03., *in Essen*
- **Kreisvorstand**
  04.03., *Linkstreff*

Vorschau für März

- **Regionalkonferenz/Mitgliederversammlung**, 14.03. zur Bestimmung der Direktkandidatin/des Kandidaten für die Bundestagswahl BTW 60, Vorbereitung Landeswahlprogramm

Impressum

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg.
Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.
V.i.S.d.P.: Bernd Sachse, Tel.03341-303984
Mail: info@dielinke-mol.de
Redaktionsschluss: 21. Januar 2009
Layout u. Satz: Fortunato Werbung, Seelow
Fotos/Grafik: DIE LINKE. MOL, privat